



transform!
europe

eBook

Oktober 2022

Kurzfassung – DE

Giuseppe Celi, Valentina Petrović, Veronika Sušová-Salminen

10 SHADES of the EU

Mapping the Political Economy
of the EU Peripheries

Giuseppe Celi, Valentina Petrović, Veronika Sušová-Salminen

100 Shades of the EU

Eine Kartierung der politischen Ökonomie der EU-Peripherien

Autor:innen: Giuseppe Celi, Valentina Petrović, Veronika Sušová-Salminen

Nachwuchsforschungsgruppe: Mihai-Călin Căciuleanu, Dorota Kolarska, Ioannis Apostolos Sklias

Herausgeber:innen: Tatiana Moutinho, Dagmar Švendová

Danksagung

Die Herausgeber:innen möchten sich bei allen bedanken, die diese Arbeit möglich gemacht haben, vor allem bei den Autor:innen, aus deren Recherchen, Analysen und Texten diese Studie entstanden ist. Außerdem möchten wir Mihai-Călin Căciuleanu, Dorota Kolarska und Ioannis Sklias für ihre wertvolle Arbeit bei der Erhebung und Aufbereitung der Daten danken, die dieser Studie zugrunde liegen. Darüber hinaus gilt unser Dank Cornelia Hildebrandt, Danai Koltsida, Czesław Kulesza und Roland Kulke für ihre Beiträge bei der Ausarbeitung dieser Studie und Ilona Švihlíková für die wertvolle Beratung. Ein besonderes Dankeschön geht an Veronika Peterseil, Sanja Jelić und Michael Hollogschwandtner. Und nicht zuletzt danken wir dem Team von *transform! europe* für die Unterstützung, Mitwirkung und den Gemeinschaftsgeist.



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland. Diese Publikation oder Teile davon stehen zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung, sofern in angemessener Form auf die Originalpublikation verwiesen wird.

Für den Inhalt der Publikation ist ausschließlich transform! europe verantwortlich. Er spiegelt nicht unbedingt die Position der RLS wider.

IMPRESSUM

2023 

transform! Europäisches Netzwerk für alternatives Denken und politischen Dialog

Square de Meeûs 25

1000 Brüssel, Belgien

transform! europe wird durch Fördermittel des Europäischen Parlaments teilfinanziert.

Diese Arbeit von *transform!* ist unter einer Creative Commons Namensnennung-Nicht kommerziell-Share Alike 4.0 International-Lizenz lizenziert. Genehmigungen, die über den Umfang dieser Lizenz hinausgehen, können angefragt werden unter [office \(at\) transform-network.net](mailto:office(at)transform-network.net).

Layout: Sanja Kaltenbrunner-Jelic, sanja.at e.U.

Umschlag-Illustration: sanja.at e.U.

Druck: druck.at

ISBN: 978-3-903343-38-2

Vorwort

Tatiana Moutinho, Dagmar Švendová

Das 20. Jahrhundert war auf dem europäischen Kontinent von wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen gekennzeichnet. Mehrere Kriege haben Europa einschneidend geprägt: Der Erste und der Zweite Weltkrieg, der Kalte Krieg und nicht zuletzt die Jugoslawienkriege kosteten Millionen von Menschenleben, zerstörten ganze Volkswirtschaften und verursachten enorme gesellschaftliche und ökologische Kosten innerhalb Europas und darüber hinaus. Und auch heute wieder wird der Kontinent vom Phantom eines Weltkrieges heimgesucht, womit sich die bestehenden sozialen und ökologischen Probleme weiter verschlimmern und der Prozess des Wiederaufbaus nach der Pandemie erschwert wird.

Lange Zeit galt die europäische Integration als Heilmittel für Europas Versäumnisse der Vergangenheit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand die Idee, dass die Stärkung der Handelstransaktionen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen europäischen Ländern einen dauerhaften Frieden und Wohlstand für alle Länder ermöglichen könnte. Das war der Gründungsgedanke des Projekts der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, das 1958 zunächst sechs große europäische Volkswirtschaften zusammenführte: Westdeutschland (später Deutschland), Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande. In den Jahren darauf schlossen sich dem Projekt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Integration der einzelnen Volkswirtschaften in einem gemeinsamen Markt – dem europäischen Binnenmarkt – im Prozess der sogenannten „Erweiterung“ sieben weitere Länder an.

Damit sollten die Rivalität der Großmächte und der Kampf um die Vorherrschaft auf dem Kontinent durch eine Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern Europas abgelöst werden – eine Hoffnung, die 1989 mit dem Ende des Kalten Krieges noch bestärkt wurde. Der Prozess der Friedenskonsolidierung in Europa beruhte auf der Zusammenarbeit und Versöhnung von Frankreich und Deutschland, auf wirtschaftlicher Offenheit sowie zunehmend auch auf dem Glauben an eine neue Art von Politik, der es gelingen könnte, die

Machtkomponente in den internationalen Beziehungen zu überwinden.

Im Mittelpunkt der europäischen Integrations- und Erweiterungsprozesse stand stets die Wirtschaft. Die zunehmend neoliberale Ausrichtung, die sich seit Ende der 1960er-Jahre abzeichnete und nach 1989 triumphierte, resultierte in der institutionellen Neugestaltung nicht nur der EU, sondern auch der Mitgliedstaaten und ihrer Beziehungen zu Brüssel und hatte letztlich zur Folge, dass im einstigen Modell der sozialen Marktwirtschaft aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in den einzelnen Mitgliedstaaten nach und nach das Wort „sozial“ abhanden kam. Hier liegen die verschiedenen historischen Ursachen für das Demokratiedefizit und die fehlende soziale Dimension (bzw. Säule) der Europäischen Union.

Die globale Finanzkrise von 2008 stellte das wettbewerbsbasierte EU-Wirtschaftsparadigma auf den Prüfstand. Aus einer Wirtschaftskrise wurde eine politische Krise der europäischen Integration. Nicht nur die Governance-Mechanismen der EU, sondern auch einige ihrer wesentlichen institutionellen Pfeiler wie die gemeinsame Währung und die Konvergenz wurden infrage gestellt. Es zeigte sich (erneut), dass Wirtschaft und Politik eng miteinander verwoben sind und Wirtschafts- und Finanzkrisen tiefgehende politische Folgen (und Ursachen) haben. Kurz gesagt hat die Krise dazu beigetragen, die politische Ökonomie der EU zu beleuchten und insbesondere die bestehenden Ungleichheiten und Machtasymmetrien, die kurzlebigen und dauerhaften (gegenseitigen) Abhängigkeiten sowie die Konflikte und Dilemmata sichtbar zu machen, die sie hervorrufen und in Gang setzen.

Die Idee – oder vielleicht besser gesagt, das Ideal – der Europäischen Union geht von einem gemeinsamen Raum aus, in dem ein kontinuierlicher und nie endender Prozess der europäischen Integration im Gange ist. Dieser Prozess der europäischen Integration soll zu einer Art wirtschaftlicher, sozialer und politischer Konvergenz zwischen allen Mitgliedstaaten führen, wobei ihre Souveränität und die kulturelle Vielfalt, die innerhalb des europäischen Raums existiert, vollständig gewahrt bleiben. So lautet das offizielle Motto der EU: „In Vielfalt geeint“. In der Tat hat die Vielfalt Europas die soziale, wirtschaftliche und kulturelle

Geschichte unseres Kontinents über Jahrhunderte geprägt. Als Bürger:innen der Europäischen Union sind wir in guten wie in schlechten Zeiten alle gleich und verschieden. Während wir viele Erfahrungen teilen, trennen uns zugleich viele Erfahrungen objektiv voneinander. Doch trotz dieser Rhetorik ist die EU ein Produkt der kapitalistischen Moderne, die verschiedene soziale Gruppen, Arbeitsformen und selbst Kulturen grundsätzlich marginalisiert (und peripherisiert), und Essentialismus und Rassismus sind ein integraler, wenn auch häufig unsichtbarer Bestandteil der Funktionsweise der EU, der auch die Mitgliedstaaten und ihre Gesellschaften durchdringt.

Um den gegenwärtigen Zustand der Europäischen Union umfassend zu verstehen, muss die Frage der Peripherität aus der Sicht jener Regionen betrachtet werden, die sich in einer Randlage befinden: der sogenannten „alten Peripherie“ (südeuropäische Länder) und der „neuen Peripherie“ (mittel- und osteuropäische Länder). Das führt zu einer einfachen Frage, die gleichzeitig durchaus komplex ist: Wie funktioniert eigentlich die EU für diese Gesellschaften?

Da ein wahrhaftes europäisches Projekt ohne internationalistische Solidarität, Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung zwischen all seinen Mitgliedstaaten nicht möglich sein wird, ist es nach Ansicht von **transform! europe** notwendig, dass wir unser Wissen über die Realität der bestehenden EU-Peripherien systematisieren und vertiefen. Aus diesem Grund wurde in den vergangenen zwei Jahren in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung die nun veröffentlichte Studie verwirklicht.

Die auf den folgenden Seiten vorgestellte, von einem multidisziplinären Team aus drei Wissenschaftler:innen (einem Wirtschaftswissenschaftler, einer Soziologin/Politikwissenschaftlerin und einer Historikerin/Anthropologin) durchgeführte Studie hatte zum Ziel, die Thematik der Peripherität und der Kern-Peripherie-Beziehungen in der EU als multidimensionale Fragestellung zu betrachten. Daher konzentriert sich diese Arbeit auf die sozioökonomischen, politischen und kulturellen (sowie auch ideologischen) Dimensionen peripherer Bedingungen.

Die wichtigsten Aufgaben und Ziele dieser Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Nutzung der politisch-ökonomischen Kartierung (d. h. Analyse) der südlichen und östlichen Regionen der EU als Instrument nicht nur für den Aufbau von Brücken und Kooperationsstrategien zwischen diesen EU-Peripherien, sondern auch für die Politikgestaltung innerhalb dieser Regionen und darüber hinaus.
- Verstehen der aktuellen Formen und Manifestationen von Machtasymmetrien und Abhängigkeiten als Diskussionsgrundlage und um die politische Debatte über den europäischen Integrationsprozess und die Zukunft der Europäischen Union, einschließlich ihrer Reform, in den Vordergrund zu rücken.
- Einen Beitrag zum Prozess der Selbstdarstellung der Peripherien zu leisten, indem wir Visionen des „**Ostens durch den Osten**“ und des „**Südens durch den Süden**“ betrachten, die das hegemoniale Narrativ des Kerns als einzig relevanten Abhängigkeits- und Machtmechanismus infrage stellen und konterkarieren können.

Wir hoffen, den Leser:innen (ob allgemein Interessierte, Akademiker:innen oder politische Entscheidungsträger:innen) mit dieser Studie einen umfassenden Überblick über die aktuellen Formen und Manifestationen der Peripherität in der EU zu bieten. Damit wollen wir zum Prozess der Selbstdarstellung und politischen Selbstverwirklichung der Peripherien beitragen (indem Peripherität nicht als „beschämend“, sondern als besondere Form der Kritik vom Rand aus wahrgenommen wird).

Und nicht zuletzt wollen wir (zumindest in gewissem Umfang) ein relevantes Instrument zur Verfügung stellen, das es ermöglicht, Brücken für den Dialog zu schlagen und Kooperationsstrategien zwischen den Regionen zu entwickeln, das künftige politische Entscheidungen unterstützt und das vielleicht sogar Hinweise für einen alternativen Wiederaufbau der EU und eine Neugestaltung der EU-Machtverhältnisse liefert.

Kurzfassung

Giuseppe Celi, Valentina Petrović, Veronika Sušová-Salminen

Diese vergleichende Studie konzentriert sich auf zwei Peripherien an den Rändern der Europäischen Union: Südeuropa (der „Süden“), sowie Mittelost- und Südost-Europa (der „Osten“); zwei Räume, die gemeinsam 17 EU-Mitgliedsstaaten umfassen. Im Rahmen dieser Studie wird untersucht, wie sich ihre geografische Randlage innerhalb der EU wirtschaftlich und politisch sowie auf ihre Beziehung zu den EU-Kerngebieten (besonders zu Deutschland als das zentrale EU-Land schlechthin) auswirkt. Die Studie konzentriert sich auf die jüngsten Entwicklungen zwischen 1990–2020. Sie legt besonderes Augenmerk auf die Eigenschaft einer Region als Peripherie und damit von den EU-Kernländern abhängig zu sein. Die Studie versucht, die politische Ökonomie, also das komplexe Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft der heutigen EU aus dieser Perspektive zu verstehen. Wir sind der Ansicht, dass Peripherität etwas Multidimensionales ist: Sie hat eine sozio-ökonomische Dimension, eine politische und eine kulturell-ideologische Dimension.

Der zentrale Forschungsgegenstand dieser Studie ist das Verständnis der Abhängigkeitsstrukturen, die der Peripherität dieser beiden EU-Randregionen in der europäischen Wirtschaft zugrunde liegen. Zweiter Forschungsschwerpunkt ist die vergleichende Sicht, mit der alle zur Untersuchung ausgewählten Bereiche betrachtet werden. Die Autor:innen dieser Studie gehen davon aus, dass die Peripherität von Staaten ein Problem der Abhängigkeit von den Kernstaaten ist (insbesondere von Deutschland), und konzentriert sich besonders auf den Vergleich der Eigenschaften marginalisierter Länder innerhalb verschiedener Ländergruppen in Südeuropa und in Mittelost- und Südost-Europa. Die Studie bietet eine Analyse und einen Vergleich der bestehenden Wirtschaftsmodelle in den beiden Randregionen sowie eine Analyse der Handelsnetzwerke und globalen Wertschöpfungsketten mit einem besonderen Fokus auf der europäischen Autoindustrie. Was die politische Dimension betrifft, nimmt die Studie politische Gegensätze in einer jeden Peripherie sowie auf nationaler und EU-Ebene mit besonderem Hinblick auf Parteien der Linken unter die Lupe. Sie konzentriert sich gleichermaßen auf die Kooperation zwischen Peripherien basierend auf dem potentiellen Koalitionspotential im Kontext der

EU-Institutionen und auf die Frage nach der Repräsentation in der Governance-Struktur der EU, d. h. die potentielle Macht ihrer Werkzeuge zur Ausübung von Einfluss auf die EU. Mit Hinblick auf die ideologisch-kulturelle Dimension der Peripherität konzentriert sich diese Studie auf die Beziehung zwischen Marginalisierung und „Andersartigkeit“ (Otherness) aus einer vergleichenden Perspektive.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Mit ihrem Fokus auf den Charakteristiken der individuellen Wirtschaftsstrukturen zeigt die Studie, dass beide EU-Randregionen Abhängigkeiten beim Thema Kapital, Investitionen und Technologien (und deren Transfer) aufweisen, was ihre wirtschaftliche Entwicklung in besonders enge Schranken weist. Diese Abhängigkeiten haben auch begrenzte Autonomie in Entscheidungsprozessen zur Folge, die nicht auf die wirtschaftliche Domäne begrenzt sind. Diese Abhängigkeiten entwickeln sich innerhalb unterschiedlich strukturierter Volkswirtschaften und Wirtschaftsmodelle, die in ihren historischen Kontexten analysiert werden. Besonders die Volkswirtschaften Südeuropas unterbrachen oder verlangsamten mit der Krise der 1970er-Jahre ihren Industrialisierungsprozess vorschnell. In den darauffolgenden Jahren – die von der globalen Deregulierung und Liberalisierung der Märkte geprägt waren – schlugen sie den Weg des Finanzmarktkapitalismus und des überstarken Wachstums des Dienstleistungs- und öffentlichen Sektors ein. Der Wettbewerb mit der östlichen Peripherie, deren verstärkte Produktion von Zwischenerzeugnissen für die deutsche Fertigungsbranche teilweise Zulieferer:innen aus dem Süden ersetzte, trug zur weiteren Schwächung der bereits fragilen Produktionsbasis in Südeuropa bei. Dadurch wird augenscheinlich, dass die stärkere Einbindung der einen Randregion die wirtschaftliche Entwicklung der anderen hemmen kann.

Betrachtet man die östliche EU-Region, so zeigt selbst die robuste industrielle Entwicklung der dynamischsten mittel- und osteuropäischen Länder (vor allem der V4-Länder) ihre Schwächen, die mit der Abhängigkeit von ausländischem Kapital und ausländischer Technologie, begrenzten

Inlandsmärkten und niedrigen Löhnen zu tun haben. Mit anderen Worten: Der wesentliche Teil der Erfolgsgeschichte im Osten besteht in der Mono-Spezialisierung im Automobilssektor, was die Zulieferer:innen wiederum eng in die deutsche Wertschöpfungskette integriert und sie daher von deutschen Direktinvestitionen abhängig macht. Diese Spezialisierung auf einzelne Güter ist ein charakteristisches Merkmal dieser Peripherie und erinnert ein wenig an die alten Beispiele für Mono-Spezialisierung, die aus anderen Regionen (z. B. Lateinamerika) bekannt sind. Andererseits spiegelt die Entwicklung der weniger dynamischen osteuropäischen Länder bis zu einem gewissen Grad Schwachstellen wider, die denen der südlichen Peripherie ähnlich sind. Tatsächlich sind ausländische Direktinvestitionen im FIRE-Bereich (Finanz-, Versicherungs- und Immobiliensektor) für die baltischen Länder mit ihren stark finanzierten Volkswirtschaften oder für Bulgarien und Kroatien (in beiden Fällen im Hinblick auf die Tourismusindustrie) von großer Bedeutung.

Nach einem Vergleich der beiden von Abhängigkeiten geprägten Wirtschaftsmodelle in Südeuropa bzw. in Mittelost- und Südost-Europa lässt sich sagen, dass es bei der Konvergenz jeweils andersgelagerte ernsthafte Probleme gibt. Das derzeitige Wirtschaftsmodell in Südeuropa bietet keinen Anreiz für nachhaltige wirtschaftliche und soziale Konvergenz im EU-Kontext. Ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion kann als weiterer Erklärungsansatz für die Divergenz der südeuropäischen Staaten herangezogen werden. Die Volkswirtschaften der östlichen Randregion gleichen sich einander an, auch wenn diese Konvergenz ungleichmäßig verläuft und Lücken innerhalb von Ländern und eine interne Polarisierung in Mittelost- bzw. Südost-Europa entstehen lässt. Die unausgeglichene regionale Entwicklung scheint ein Nebeneffekt der allgemeinen makroökonomischen Konvergenz zu sein. Sie erzeugt nicht nur wirtschaftliche Probleme, da sie den Dualismus in der Produktion (besonders in der Technologie) und am Arbeitsmarkt weiter zuspitzt, sondern auch politische Reaktionen (z. B. Populismus). Über die verschiedenen Entwicklungsverläufe hinaus ähneln sich die beiden EU-Peripherien in einigen Schwächen. Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass die Abhängigkeit beider EU-Randgebiete von ausländischem Kapital (in Form von Krediten oder ausländischen Direktinvestitionen) zu den größten Schwachstellen zählt, die die Randregionen externen Schocks aussetzen,

die schwer zu kontrollieren sind und zu wiederkehrenden Krisen führen.

Auf politischer Ebene können wir ernste Probleme identifizieren, die mit Peripherität zusammenhängen. Die Parteiensysteme und die politischen Konfliktlinien in beiden Regionen wurden von der Wirtschaftskrise 2008 stark beeinflusst. Während der Osten jedoch eine Stärkung der rechtspopulistischen Kräfte erlebte, mit einem starken Fokus auf den Themen Identität und „Wohlfahrtschauvinismus“ und einer schwächelnden politischen Linken, fand in Südeuropa gleichzeitig der Aufstieg neuer linkspolitischer Optionen statt. Italien stellt hierbei einen Ausreißer dar mit einer starken Rechten und einer marginalisierten und schwachen Linken. Südeuropäische Staaten haben einen leicht „verzögerten“ Aufschwung der populistischen bzw. radikalen rechtsradikalen Optionen erlebt, jedoch in begrenztem Ausmaß, da die Linke in der Region eine starke Position einnimmt.

Obwohl beide dieser Regionen EU-Peripherien sind, stellen die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedürfnisse und politischen Zwänge eine potentielle gemeinsame Allianz vor ernste Schwierigkeiten. Im Rahmen der Studie werden zwei hervorstechende Themen auf europäischer Ebene präsentiert – Migrationspolitik und EU-Subventionen – und die auseinandergehenden Positionen der 17 Mitgliedsstaaten in Bezug auf diese Themen dargestellt. Die aktuelle Pandemie hat ein weiteres Gelegenheitsfenster für politische Kooperation zwischen Osten und Süden eröffnet, aber man wird erst in Zukunft sehen, ob es zu stabilen Allianzen zwischen den beiden Peripherien kommen wird. Bei der Analyse der Wahrnehmung von Expert:innen zum Koalitionspotential waren im Osten und Süden signifikante Überschneidungen in der Migrations- und Fiskalpolitik erkennbar, was auf potentielle Kooperationsbereiche hinweist. Andererseits scheint es aufgrund der unterschiedlichen geografischen Kontexte und geostrategischen Verbündeten weniger Möglichkeiten zur Kooperation im Bereich der Außenpolitik zu geben. Während das Allianzpotential zwischen Osten und Süden also begrenzt sein mag, scheinen beide Randregionen stark daran interessiert zu sein, zu größeren politischen Themen Allianzen mit Deutschland und Frankreich zu schaffen. Die Dimension der Vertretung in EU-Institutionen lässt (teilweise) den Status des Ostens und Südens als Randregionen erkennen. Beide Regionen sind in den EU-Institutionen stark unterrepräsentiert; letz-

tere werden immer noch von den Kernländern (besonders Westeuropa) dominiert. Im Fall der östlichen Randregion stellt die Studie ein massive Unterrepräsentation fest, mit Ausnahme des Europaparlaments.

Bei der Analyse der kulturellen und ideologischen Dimension der Marginalisierung zeigen die Forschungsergebnisse – die auf Textanalysen und ausgedehnten Forschungsveröffentlichungen basieren – dass Südeuropa bzw. Mittelost- und Südost-Europa als „die Anderen“ dargestellt werden; mithilfe von orientalistischen Stereotypen und Elementen innerhalb dieser Art des ideologischen Marginalisierungsprozesses. Die daraus resultierenden Implikationen sind komplex. Es treten zum Beispiel zwei einander widersprechende Elemente hervor – Ausschluss und Inklusion – die auf den hegemonischen Diskursen des Kerns basieren, aber auch Imitation als weitere Charakteristik der Abhängigkeit. Die Konstruktion der „Otherness“ beider Peripherien ist ein besonders wichtiges Instrument der dominanten Kernländer gegenüber diesen Randregionen.

POLITISCHE KONSEQUENZEN:

Die zukünftige EU-Reform sollte sich bestehender Ungleichheiten, die sich negativ auf die EU auswirken, bewusst sein. Staaten der Randregionen sollten nicht an den Rand der Debatten gedrängt werden und sollten einen substantziellen Beitrag zur Reform leisten, indem sie den kooperativen Dialog vorantreiben. Wir sind der Ansicht, dass Hindernisse, die einer tiefergehenden Zusammenarbeit zwischen beiden Randregionen im Wege stehen, i) objektiver Natur sind (wirtschaftliche Unterschiede und konkurrierende Wirtschaftsmodelle), ii) subjektiver Natur sind (durch kulturelle und intellektuelle Abhängigkeit entstanden; daher eine Folge ihrer intrinsischen Peripherität oder Marginalisierung von außen) und iii) dem depolitisierten Charakter der EU entspringen. Potentieller politischer Dialog, Kooperation bzw. der Aufbau von Bündnissen zwischen den beiden Randgebieten muss diese Hindernisse und Einschränkungen überwinden – oder sie einbeziehen.

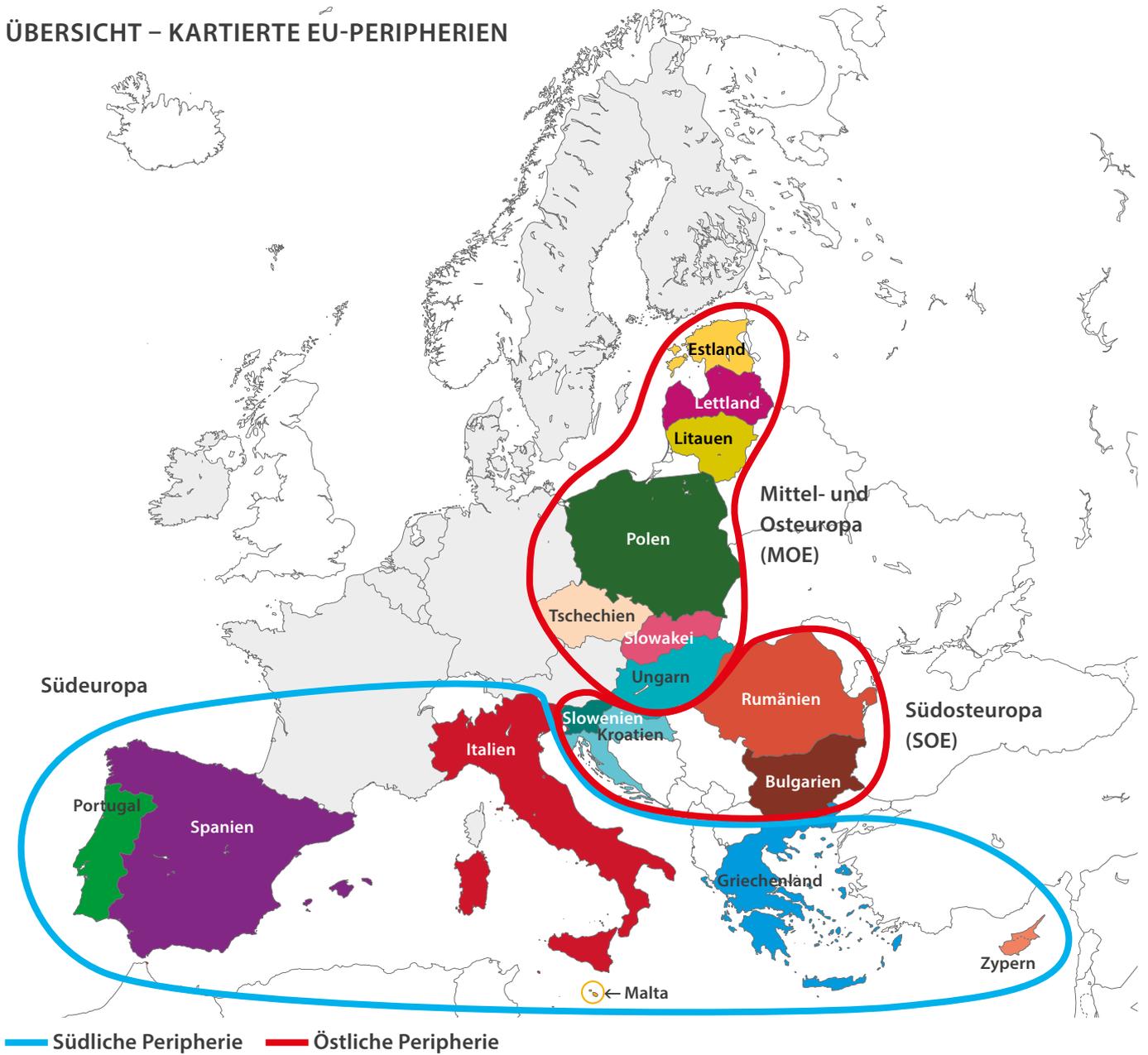
Entscheidungsträger:innen und Politiker:innen sollten sich auf die folgenden Prinzipien konzentrieren:

→ Den Aufbau einer widerstandsfähigeren, sozialeren, nachhaltigeren und selbständigeren europäischen

Wirtschaft, die das soziale und wirtschaftliche Potential individueller Mitgliedsstaaten entfesseln kann sowie ihre Binnen- und lokalen Märkte und den Handel, der auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und Fairness beruht, belebt.

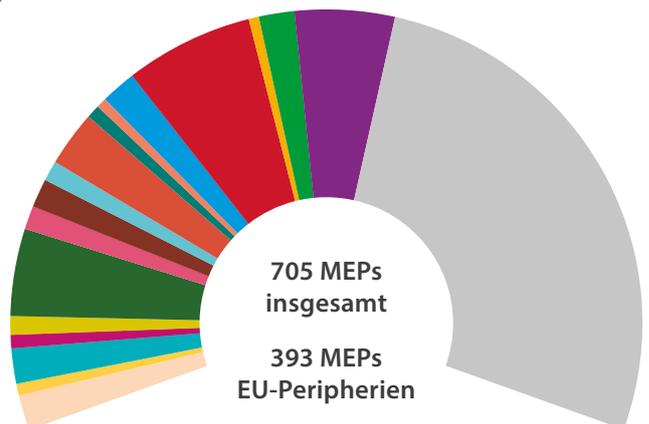
- Eine EU, die stärker auf Kooperation anstatt auf Wettbewerbsfähigkeit ausgelegt ist und den negativen Konsequenzen des Wettbewerbsparadigmas (wie etwa der Abwärtsspirale), die sich negativ auf Solidarität und Kooperation sowohl innerhalb der EU als auch zwischen der Mitgliedsstaaten auswirken, eine Absage erteilt.
- Eine offenere EU, die nicht überholten Stereotypen und ideologischen Verkürzungen anhängt, die noch immer an die Mentalität des geteilten Europas zur Zeit des Kalten Krieges anknüpfen. Dies bedeutet, die Idee der internen Diversität der EU ernst zu nehmen und sich von den moralischen Hierarchien wegzubewegen, die während der Kolonialzeit entstanden sind, und sich von den west-zentristischen Ansichten über Staaten zu verabschieden, die kulturell anders sind und geografisch weiter entfernt liegen.
- Eine kohärentere Regionalpolitik, die keine großen sozio-ökonomischen Unterschiede zwischen Mitgliedsstaaten als Begleiterscheinung der wirtschaftlichen Integration und ihrer Position in der EU toleriert.
- Einen strukturellen Wiederausgleich der europäischen Wirtschaft mithilfe einer echten Industriepolitik, die über eine „Wettbewerbspolitik“ oder „strukturelle politische Maßnahmen“ hinausgeht.

ÜBERSICHT – KARTIERTE EU-PERIPHERIEN



Europäisches Parlament – Repräsentation der Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEPs)

MOE	SOE	SE
Tschechien 21	Bulgarien 17	Zypern 6
Estland 7	Kroatien 12	Griechenland 21
Ungarn 21	Rumänien 33	Italien 76
Lettland 8	Slowenien 8	Malta 6
Litauen 11		Portugal 21
Polen 52		Spanien 59
Slowakei 14		



EU27

Südeuropa (SE)

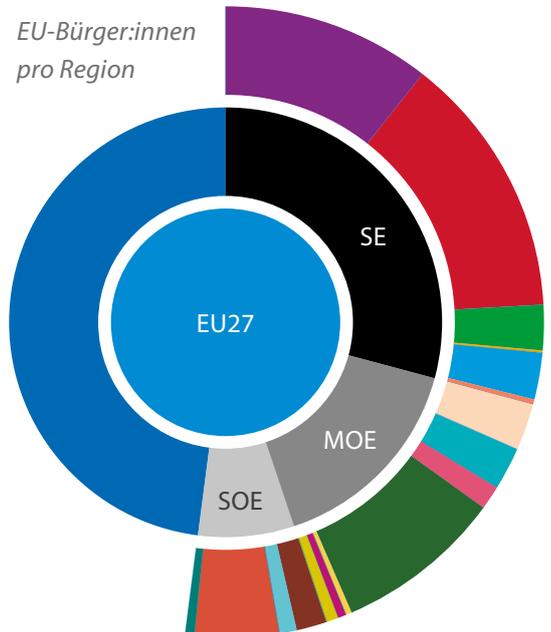
Europäische Union	Spanien	Italien	Portugal	Malta	Griechenland	Zypern
						
						
Fläche: 4.233.262 km ²	Fläche: 505.990 km ²	Fläche: 301.230 km ²	Fläche: 92.212 km ²	Fläche: 316 km ²	Fläche: 131.957 km ²	Fläche: 9.251 km ²
Bevölkerung: 447.007.596*	Bevölkerung: 47.450.795 (2020)	Bevölkerung: 60.317.116**	Bevölkerung: 10.344.802 (2021)	Bevölkerung: 516.100*	Bevölkerung: 10.678.632**	Bevölkerung: 1.189.265 (Schätzung v. 2018)
BIP pro Kopf, in KKP: \$40.995**	BIP pro Kopf, in KKP: \$46.413**	BIP pro Kopf, in KKP: \$50.215**	BIP pro Kopf, in KKP: \$40.805**	BIP pro Kopf, in KKP: \$54.647**	BIP pro Kopf, in KKP: \$35.596**	BIP pro Kopf, in KKP: \$42.832**

Mittel- und Osteuropa (MOE)

Tschechische Republik	Ungarn	Slowakei	Polen	Estland	Lettland	Litauen
						
						
Fläche: 78.871 km ²	Fläche: 93.030 km ²	Fläche: 49.035 km ²	Fläche: 312.696 km ²	Fläche: 45.339 km ²	Fläche: 64.589 km ²	Fläche: 65.300 km ²
Bevölkerung: 10.701.777 (2021)	Bevölkerung: 9.730.000*	Bevölkerung: 5.449.270 (2021)	Bevölkerung: 38.179.800 (2021)	Bevölkerung: 1.328.439**	Bevölkerung: 1.907.675**	Bevölkerung: 2.795.680*
BIP pro Kopf, in KKP: \$47.527**	BIP pro Kopf, in KKP: \$40.944**	BIP pro Kopf, in KKP: \$38.620**	BIP pro Kopf, in KKP: \$41.684**	BIP pro Kopf, in KKP: \$44.778**	BIP pro Kopf, in KKP: \$37.329**	BIP pro Kopf, in KKP: \$46.479**

Südosteuropa (SOE)

Bulgarien	Kroatien	Rumänien	Slowenien
			
			
Fläche: 110.993,6 km ²	Fläche: 56.594 km ²	Fläche: 238.397 km ²	Fläche: 20.271 km ²
Bevölkerung: 6.863.422**	Bevölkerung: 3.888.529 (2021, „cest“)	Bevölkerung: 19.186.201*	Bevölkerung: 2.108.708*
BIP pro Kopf, in KKP: \$28.593**	BIP pro Kopf, in KKP: \$36.201**	BIP pro Kopf, in KKP: \$36.621**	BIP pro Kopf, in KKP: \$48.533**



*Schätzung von 2021 **Schätzung von 2022

Quelle: World Economic Outlook Database (2022), Wikipedia (2022)

Biografien

Autor:innen

Giuseppe Celi lehrt als außerordentlicher Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Foggia (Italien). Er ist Koordinator des PhD-Programms in Wirtschaftstheorie und italienischer Koordinator des MA-Programms *Erasmus Mundus Economics of International Trade and European Integration* (EITEI). Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Modena und promovierte in Entwicklungsökonomie (Universität Neapel) und Wirtschaftswissenschaften (Universität Sussex, GB). In seiner Arbeit interessiert er sich für internationale Wirtschaft, darunter die Wirtschafts- und Währungsintegration in Europa, die Auswirkungen von internationalem Handel und Outsourcing auf Arbeitsmärkte und Wachstum oder die Beziehung zwischen Migration und internationalem Handel. Er ist Autor von sieben Büchern, zahlreicher Artikel in akademischen Zeitschriften und Beiträgen zu Sammelbänden.

Valentina Petrović forscht als Postdoktorandin am Institut für Soziologie der Universität Zürich. Sie studierte an der American University of Beirut, der Universität Zürich und dem Sciences Po Bordeaux., promovierte am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz und untersuchte in ihrer Dissertation den Einfluss von Klassen, Eliten, Zivilgesellschaft und staatlichen Strukturen auf den Demokratisierungsprozess in postkommunistischen Ländern; insbesondere Ex-Jugoslawien. Ihr Forschungsinteresse gilt der Demokratisierung, Europäisierung, politischen Mobilisierung und vergleichenden politischen Ökonomie im postkommunistischen Kontext.

Veronika Sušová-Salminen ist vergleichende Historikerin und hat sich auf die moderne Geschichte Mittel- und Osteuropas und Russlands spezialisiert. Ihr methodischer Schwerpunkt liegt dabei auf der Weltsystemanalyse und der Dependenzschule und ist von der postkolonialen Kritik beeinflusst. Sie studierte an der Karlsuniversität in Prag (MA in Allgemeiner und Vergleichender Geschichte; PhD in Anthropologie) und war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre of Global Studies in Prag. Ihr Hauptinteresse gilt dem zeitgenössischen Russland im globalen Kontext; sie ist Chefredakteurin des Webmagazins *!Argument* sowie Autorin Dutzender akademischer Artikel und Essays sowie zweier Bücher.

Nachwuchsforschungsteam

Mihai-Călin Căciuleanu ist ein rumänischer Wissenschaftler. Als Arbeiter und Aktivist war er Mitglied einer lokalen Gruppe, die sich für Arbeitnehmer:innenrechte einsetzte. Derzeit schreibt er an der Nationalen Universität für Politikwissenschaft und Öffentliche Verwaltung in Bukarest seine Doktorarbeit über Arbeitsbedingungen und Arbeit im heutigen Kapitalismus.

Dorota Kolarska ist eine polnische Wissenschaftlerin, die in erster Linie zu Osteuropa und Russland forscht. Sie studierte an der Universität Oxford und ist jetzt Doktorandin am University College London. Dorota gehört außerdem der polnischen Partei Razem an.

Ioannis Apostolos Sklias ist ein griechischer Sozialwissenschaftler und politischer Analyst. Er studierte Politikwissenschaften an der Universität Kreta und Politisches Verhalten an der Universität Essex (MA Political Behaviour). Er war als wissenschaftlicher Mitarbeiter und politischer Berater im griechischen Parlament tätig und auch als wissenschaftlicher Berater in der Abteilung der SYRIZA-Partei für die lokale Verwaltung.

Herausgeber:innen

Tatiana Moutinho ist Biochemikerin und forschte zu Zellteilungszyklen. Sie schloss ein MSc-Studium in Zellbiologie ab und promovierte in Biomedizin. Seit 2018 ist sie als *transform! europe* Facilitator für Kooperationsstrategien für Südeuropa zuständig. Im Rahmen ihrer Arbeit organisierte sie die Konferenz „Is Southern Europe the Weak Link of European Integration?“, die 2019 in Lissabon stattfand und an der Akademiker:innen, Wissenschaftler:innen und politische Akteur:innen aus südeuropäischen Ländern teilnahmen. Zudem ist sie Präsidentin von *Cul:tra – Cooperativa Culturas de Trabalho e Socialismo* (Portugal).

Dagmar Švendová ist Juristin und schloss ein BA-Studium in Recht und Unternehmensführung und einen LL.M. in Tschechischem Wirtschaftsrecht in der Europäischen Union ab. Sie war als politische Beraterin und Assistentin eines Mitglieds des Europäischen Parlaments tätig. Seit 2017 ist sie als *transform! europe* Facilitator für die Mittel- und Osteuropastrategie zuständig und Mitglied der Redaktion des *transform!* Jahrbuchs. Im Rahmen ihrer Arbeit ist sie Mitautorin des tschechischen Teils der „Studies on challenges in post-coal regions: in south-west Poland, North Czech Republic, and East Germany“.

SHADES of the EU



Mapping the Political Economy
of the EU Peripheries



Als E-Book auf EN erhältlich mit Kurzfassungen auf
EN, GR, IT, ES, PT, CZ, PL, HU, BG, RO, LT, SR und DE.



ISBN 978-3-903343-38-2



9 783903 343382

www.transform-network.net